

NACHRICHTEN

MSF fordert Zugang zu Zivilbevölkerung

GENÈVE: Die erneuten Kämpfe in Sierra Leone behindern die humanitäre Hilfe. Die Verteilung von Hilfsgütern an die Zivilbevölkerung könne nicht mehr gewährleistet werden, erklärte die Hilfsorganisation «Ärzte ohne Grenzen» am Dienstag in Genf. Immer mehr Kinder unter fünf Jahren litten in Städten ausserhalb Free-towns an Mangelernährung, teilte MSF mit. In Kabala etwa seien in den letzten Wochen mehr als 2000 Vertriebene eingetroffen. 102 Kinder



seien in speziellen Ernährungszentren von MSF aufgenommen worden. In Kambia seien 60 unterernährte Kinder unter fünf Jahren zurückgelassen worden, weil das Pflegepersonal vor den Kämpfen flüchten musste. MSF forderte die Konfliktparteien auf, den humanitären Organisationen den Zugang zu den Zivilisten zu gewähren. Im Norden Sierra Leones könne sich die bereits jetzt desolate Lage im sanitären Bereich weiter verschlechtern, warnte MSF. Die Organisation musste wegen der unsicheren Lage in der Region ihre Tätigkeit bis auf weiteres einstellen. Auch eine Impfkampagne gegen Malaria wurde eingestellt.

Ex-Kommunisten in Bukarest siegreich

BUKAREST: Bei den landesweiten Kommunalwahlen in Rumänien haben nach vorläufigen Ergebnissen die Ex-Kommunisten einen klaren Sieg errungen. Dieser Trend zeichnete sich am Dienstag nach Auszählung von mehr als zwei Dritteln der Stimmen ab. Die ex-kommunistische Partei der Sozialen Demokratie (PDSR) des Ex-Präsidenten Ion Iliescu (1990 bis 1996) kam den Angaben des zentralen Wahlbüros in Bukarest zufolge am vergangenen Sonntag auf 25,82 Prozent. Bis Dienstag waren 78,18 Prozent der Stimmen ausgezählt. Zweitstärkste Kraft war die linksgerichtete Demokratische Partei (PD) mit 12,61 Prozent und an dritter Stelle stand die «Allianz für Rumänien» (ApR) mit 9,24 Prozent. PD und ApR hatten sich von Iliescus PDSR abgespalten.

Die PD ist seit 1996 an der bürgerlich-liberalen Regierung in Bukarest beteiligt. Das in der Regierung federführende christdemokratische Bündnis CDR kam auf nur 7,71 Prozent.

Ähnliche Trends ergaben die vorläufigen Wahlergebnisse bei den Gemeinde- und Kreisratswahlen. Sogar in der Hauptstadt Bukarest, bisher eine Hochburg der Bürgerlich-Liberalen, führt die PDSR. Insgesamt hatten 100 Parteien Kandidaten ins Rennen geschickt. In zahlreichen Gemeinden dürften Stichwahlen erforderlich werden.

Schröder in Lettland

RIGA: Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ist auf seiner dreitägigen Balkumreise am Dienstagmittag aus Estland kommend in Lettland eingetroffen. Schröder wird im Lauf des Tages mit der lettischen Präsidentin Vaira Vike-Freiberga und Ministerpräsident Andris Berzins zusammenkommen. Im Mittelpunkt der Gespräche dürfte, wie zuvor in Tallinn, der Wunsch Lettlands nach einem Beitritt in die



Europäische Union und die NATO stehen. Am Vormittag hatte sich Schröder in einer Rede vor dem estnischen Parlament zur Erweiterung der EU um Staaten aus Mittel- und Osteuropa bekannt. Zugleich hatte er allerdings die Erwartungen für einen baldigen NATO-Beitritt Estlands, Lettlands und Litauens gedämpft.

Polen: Ist die Mitte-Rechts-Koalition jetzt am Ende?

«Mission zur Rettung der Koalition» ist endgültig abgeschlossen – dies wird bedauert

Warschau: Die polnische Koalitionsregierung ist nach Aussagen der Liberalen am Ende. Nach einer Sitzung des Parteivorstands der Freiheitsunion (UW) wurden die Gespräche über den Fortbestand der Mitte-Rechts-Koalition für gescheitert erklärt.

Der Parteivorsitzende der Freiheitsunion, Leszek Balcerowicz, erklärte am Dienstag vor Journalisten, die «Mission zur Rettung der Koalition wird als beendet betrachtet». Die Kabinettsitzung am Dienstag sei die letzte, an der die fünf liberalen Minister teilnahmen. Der bisherige Koalitionspartner, die konservative Wahlaktion Solidarität (AWS), sei in einem Telefongespräch vom Beschluss des Rückzugs der UW aus der Koalition informiert worden, sagte der stellvertretende AWS-Fraktionsvorsitzende Jacek Rybicki.

Noch nicht beendet?

«Wir nehmen die Entscheidung mit Bedauern entgegen und hoffen, dass die Angelegenheit noch nicht beendet ist», sagte er der polnischen Nachrichtenagentur PAP. UW-Sprecher Andrzej Potocki hatte den



Leszek Balcerowicz der Pemieminister, wird nach der UW-Sitzung von Journalisten belagert.

endgültigen Bruch der Koalition am Dienstagmorgen im Radio angekündigt.

Buzek: «... bin beunruhigt!»

Der AWS-Parteiführer Marian Krzaklewski, den auch die Fraktion in der Nacht zum Dienstag als ihren Kandidaten für das Amt des neuen

Ministerpräsidenten bestätigte, werde nicht als Regierungschef akzeptiert. Die fünf liberalen Minister würden nur so lange im Amt bleiben, bis Staatspräsident Aleksander Kwasniewski ihre Entlassung unterschreibe, sagte Potocki dem polnischen Sender «Radio Plus». Ministerpräsident Jerzy Buzek sagte vor

Journalisten, er sei «sehr beunruhigt», da nun alles auf eine Minderheitsregierung der AWS hindeute. Einen Rücktritt seiner Minister wolle er erst entgegennehmen, wenn die bisherigen Koalitionspartner entschieden hätten, dass es keine Chance für eine Verständigung mehr gebe.

Mission impossible?

Organisation Amerikanischer Staaten will Demokratie stärken

LIMA: Nach der umstrittenen Wiederwahl des peruanischen Präsidenten Alberto Fujimori entsendet die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine ranghohe Mission nach Peru. Sie soll Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie ausloten.

Die OAS-Generalversammlung im kanadischen Windsor verabschiedete am Montagabend (Ortszeit) einstimmig eine entsprechende Erklärung, wie der Vorsitzende der Generalversammlung, der kanadische Aussenminister Lloyd Axworthy, mitteilte.

Wahlssystem reformieren

Gemäss einem von Kanada vorgelegten Entwurf soll die Mission Massnahmen zur Reform des Wahlsystems und der Justiz sowie zur Stärkung der Pressefreiheit untersuchen. Sie soll von Axworthy und OAS-Generalsekretär César Gaviria angeführt werden.

Der Entwurf der Resolution war so überarbeitet worden, dass auch Peru zustimmen konnte. Die OAS-Menschenrechtskommission hatte zuvor kritisiert, die Umstände der Wahl Fujimoris am 28. Mai stellten eine «klare Unterbrechung des demokratischen Prozesses in Peru» dar.

Gegen Einmischung

Die Aussenminister der 34 OAS-Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, sich für eine Wiederholung der Wahl auszusprechen. Auch die USA hatten eine «energische» Reaktion auf die von Vorwürfen des Wahlbetrugs begleitete Abstimmung gefordert.

Vertreter mehrerer lateinamerikanischer Staaten wie Chile, Mexiko, Venezuela, Brasilien, Ecuador und Argentinien wiesen jedoch jegliche Einmischung der OAS in die «inneren Angelegenheiten» eines Mitgliedstaats zurück.

Demokrat Fujimori

Der peruanische Aussenminister Fernando de Trazegnies begrüsst in Windsor die Mission. Es sei «aus-



Während der Zusammenkunft der OAS kam es immer wieder zu Unruhen. Ziel der OAS ist es unter anderem, die Pressefreiheit zu stärken.

sergewöhnlich», dass ein Konsens erzielt worden sei, «der die Wahlen nicht anrührt», sagte er einem peruanischen Radiosender. Die Mission trage zur Festigung der Demokratie bei, «um die sich auch Fujimori bemüht».

Appell an Armees

Nationale und internationale Wahlbeobachter hatten sich geweiigt, die Präsidentschaftswahl zu kontrollieren, da die Standards für demokratische Wahlen nicht eingehalten worden seien und Fujimoris Gegenkandidat Alejandro Toledo seine Bewerbung aus Protest gegen die Unregelmässigkeiten zurückgezogen hatte. Wahlbeobachter der OAS hatten erklärt, die Wahlen seien «alles andere als frei» verlaufen.

Fujimori war schliesslich als einziger Kandidat angetreten und mit 51 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt worden.

Toledo appellierte am Montagabend erneut an die peruanische Armee, nicht Fujimori sondern die Demokratie zu verteidigen. Er wolle sein Land jedoch nicht in einen Bürgerkrieg treiben, sagte der Oppositionsführer nach einem Treffen mit dem spanischen Regierungschef José María Aznar in Madrid.

Spanischen Regierungsangaben zufolge forderte Aznar Toledo auf, einen gesellschaftlichen «Bruch» in Peru zu vermeiden. Am Dienstag wollte Toledo zu einem Treffen mit dem aussen- und sicherheitspolitischen EU-Beauftragten Javier Solana nach Brüssel reisen.

Neuer Frieden in Palästina?

RAMALLAH: Die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche werden kommende Woche in der Nähe von Washington wieder aufgenommen. Das teilte US-Aussenministerin Madeleine Albright am Dienstag in Ramallah im Westjordanland mit.

Im Bemühen um eine endgültige Friedensregelung zwischen Israel und Palästinensern werde US-Präsident Bill Clinton zudem am Mittwoch kommender Woche in Washington den palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat empfangen, fügte Albright hinzu.

Sie hatte am Dienstag mit Arafat in Ramallah ein rund zweistündiges Gespräch geführt. Albright war am Montag zu einer neuen Vermittlungsmission in den Nahen Osten gereist und hatte in Jerusalem mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak gesprochen.

Fünf Bedingungen

Dieser nannte im Anschluss an das Treffen fünf Bedingungen für einen Friedensvertrag mit den Palästinensern. Israel werde auf keinen Fall zu den Grenzen vor dem Sechs-Tage-Krieg zurückkehren, sagte Barak am Montag.

Ausserdem müsse ganz Jerusalem Hauptstadt von Israel bleiben, bekräftigte er mit Blick auf die Forderung der Palästinenser, den arabischen Ostteil Jerusalems zur Hauptstadt eines künftigen Staates Palästina zu machen. Barak forderte weiter, keine ausländische Armee dürfe westlich des Jordantals stationiert werden. Das Jordantal war ebenfalls 1967 besetzt worden und bildet derzeit die Grenze zu Jordanien. Zum Streit über jüdische Siedlungen im Westjordanland sagte Barak, die meisten Siedler lebten in Wohnungen unter israelischer Souveränität.

Der israelische Regierungschef schloss zudem die Rückkehr von rund 3,5 Millionen palästinensischen Flüchtlingen aus.